

der Faktor für den Bürgerkrieg. Der Friedensvertrag löst dieses Problem indes nicht. Die seitens der Aufständischen jahrzehntelang hochgehaltenen wirtschaftlichen Ziele eines verlustreich geführten Bürgerkriegs und daneben auch sozialpolitische Forderungen der Kirche sind hier eindeutig konterkariert; als verbindliches Ergebnis bleibt in erster Linie die Erstellung eines aktualisierten Landkatasters zur Schlichtung von Agrarkonflikten und Erhebung von Grundsteuern, die Einrichtung eines treuhänderischen Fonds zur Umverteilung von Ländereien sowie eine Fülle administrativer Maßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich, die jeweils mit erheblichen staatlichen Aufwendungen verbunden sind. Die Umsetzung des gesamten Maßnahmenkatalogs erfordert Mittel in Milliarden-Dollar-Höhe, die teilweise durch internationale Zuwendungen aufgebracht werden sollen.

Doch gerade ein weiterer Zufluß von Geldmitteln der internationalen Gemeinschaft, die im Rahmen des Waffenstillstands in Aussicht gestellt wurden, scheint durch eine zögerliche Umsetzung der Friedensvereinbarungen fraglich. Das politische Tauziehen um weitreichende Gesetzesänderungen ist für große Teile einer analphabetischen Landbevölkerung unverständlich. Dies zeigte sich einmal mehr Mitte Mai dieses Jahres, als die notwendigen legislativen Reformen durch ein *Plebiszit* über Verfassungsänderungen abgesichert werden sollten. Obgleich zahlreiche Organisationen zum *Ja* für das Reformpaket aufgerufen hatten, scheiterte die Vorlage mit 53 zu 47 Prozent gegen die Revision.

Der mit Ende des Bürgerkriegs angestrebte Demokratisierungsprozeß hat damit einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Artikel 1 der Verfassung wird den guatemalteckischen Staat vorläufig nicht, wie im Friedensvertrag ausgehandelt, als *multiethnisch, plurikulturell und multilingual* ausweisen. Zahlreiche zu Teilen bereits verabschiedete Gesetzestexte über die Funktion von Militär und Polizei, Amtssprachen und Schulsystem sowie politische Dezentralisierung und soziale Reformen sind damit nicht durch Verfassungstexte gedeckt.

Allerdings beteiligten sich nur 18 Prozent der im Wahlregister eingeschriebenen Guatemalteken an einer Abstimmung, deren kompliziertes Prozedere in vier Themenblöcken insgesamt 50 Verfassungsartikel betraf. Da zudem zahlreiche Berechtigte im Register nicht erfaßt sind, brachten somit weniger als zehn Prozent der potentiellen Wähler die jahrelang vorbereitete Reform zu Fall.

Dabei wurde die Abstimmung, wie gewöhnlich alle Wahlen, in der Hauptstadt entschieden. Die hier konzentrierte *Ladino*-Bevölkerung (Nicht-Maya) befürchtet offensichtlich in erster Linie negative persönliche Folgen durch eine rechtliche Besserstellung der indigenen Bevölkerungsmehrheit. In den mehrheitlich von Maya bewohnten Wahlkreisen wurde die Reform durchweg akzeptiert. Das Ergebnis der Abstimmung dokumentiert die Grenzen einer Demokratisierung, die bis heute auf denkbar tönernen Füßen steht.

Raimund Allebrand

Der Patriarch aus der Sonntagsschule

Die koptische Kirche unter Papst Schenuda

Unter dem seit 1971 amtierenden Papst (Patriarch) Schenuda erlebt die koptisch-orthodoxe Kirche Ägyptens eine wesentliche spirituelle Erneuerung. Fundamentalistischer Terror, Auswanderung von Christen und Religionswechsel zum Islam bilden ihre größten Probleme. Der ökumenische Dialog mit der koptischen Kirche ist nicht tot, hat aber viel an Lebendigkeit verloren.

Als 1971 der koptische Papst *Kyrill VI.* starb, galt für viele Beobachter sein Sekretär, Bischof *Schenuda*, (auch *Schenuti* oder *Schenute* transkribiert) als logischer Nachfolger. Tatsächlich fiel das Los auf den 1923 geborenen ehemaligen Offizier, der in Kairo Theologie, klassische Philologie, Anglistik und Archäologie studiert, acht Jahre als Mönch im Wadi Natron gelebt hatte und von 1962–1971 Privatsekretär von *Kyrill VI.* und Bischof für religiöse Erziehung gewesen war. Seine religiöse Prägung hatte er vor allem in der Sonntagsschulbewegung erhalten,

in der er seit 1939 leitend tätig war. In ihr war er auch schon vor seiner Bischofsweihe als ehemaliger Führer der Sonntagsschule von *St. Antonius* und Herausgeber des „Sonntagsschulmagazins“ eine treibende Kraft.

Bis heute fühlt sich *Schenuda* mit den Sonntagsschulen besonders verbunden. Für ihn ist die gegenwärtige religiöse Erneuerung der koptischen Kirche vor allem auf sie zurückzuführen. Nach seinen Angaben gibt es in Kairo über 100 koptische Kirchen; einige von ihnen haben 250 bis 300 Sonn-

tagsschullehrer. Meist sind dies Jugendliche, die selbst jahrelang die Sonntagsschulen besuchten.

Ihren Ursprung hat die Sonntagsschulbewegung in der Reaktion auf amerikanische Missionare, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Oberägypten wirkten. Um die Abwanderung von der koptischen Kirche zu verhindern, war es notwendig, die eigenen Kräfte zu stärken, was unter anderem durch Bemühungen um die Bildung von Laien geschah. Große Sonntagsschulzentren entstanden in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts; 1941 fand der erste Sonntagsschulenkongress statt, womit sich eine gemeinsame Linie der bisher sehr unterschiedlich ausgeprägten Schulen entwickelte. Die Sonntagsschulen sind ausschließlich der kirchlichen Erziehung, nicht aber politischer Bildung verpflichtet. Die Wahl des Reformpapstes Kyrill VI. 1959 brachte dieser Bewegung erstmals Einfluß auf die kirchliche Hierarchie.

Offiziell gute Beziehungen zum ägyptischen Staat

Die vielleicht wichtigste Neuerung unter Kyrill VI. war der Bau des Menas-Klosters in der Nähe von Alexandrien. Damit wurde zum ersten Mal seit 1000 Jahren wieder ein koptisches Kloster neu gegründet. Noch wesentlicher war die Beauftragung von *Matta al Maskin* und seiner elf Gefährten mit der Wiederbelebung des Makarius-Klosters. Die daraus hervorgegangene Reformbewegung des Klosterlebens weiß sich stark der Tradition der Wüstenväter verbunden, sieht aber in wesentlich stärkerem Maße als die antiken Wüstenväter eine Verantwortung für das gesellschaftliche Leben.

In der Zeit Papst Schenudas hat sich die positive Entwicklung des Ordenslebens noch verstärkt. Weitere Klöster wurden gegründet oder wiederbelebt, außerdem bezogen Kopten leerstehende Klöster anderer Konfessionen in Europa und Amerika, was von der jeweiligen Umgebung vor allem auf Grund der eindrucksvollen Spiritualität vieler Mönche und Nonnen zumeist wohlwollend aufgenommen wurde. Zu den prominentesten wiederbelebten Klöstern zählt das Schenuti-Kloster in Sahaq, Oberägypten.

Gegenwärtig gibt es in Ägypten ungefähr 30 Klöster mit etwa 5000 Mönchen und Nonnen. Nach Angaben aus der Umgebung Schenudas hat sich die Zahl der Mönche seit Beginn seiner Amtszeit mehr als verdoppelt. Die Eintretenden sind überwiegend Hochschulabsolventen aller Disziplinen, oft Kopten aus der amerikanischen, europäischen oder australischen Diaspora.

Seit 1980 werden die Wüstenklöster durch Straßen erschlossen, womit ein intensiver Wallfahrtstourismus gefördert wird. Das Menaskloster etwa, 50 km südlich von Alexandria in der Wüste gelegen, wird nach koptischen Angaben jährlich von über einer Million Pilgern besucht. Um den Ansturm der Gläubigen zu bewältigen, wird die Kirche vergrößert und ein neues großes Gästehaus errichtet. Besuchern fällt die enorme

Bautätigkeit an Klöstern im ganzen Land ins Auge, obwohl die Kirche seitens der staatlichen Verwaltung keinerlei Unterstützung erfährt. Schenuda selbst zieht sich häufig ins Wüstenkloster Amba Bischoi zurück, wo er auch während der Zeit seines dreieinhalbjährigen Hausarrests lebte.

Offiziell ist der koptische Papst die dritt wichtigste Persönlichkeit im Protokoll des ägyptischen Staates. Faktisch bedeutet Kopte zu sein allerdings auch, schlechtere Chancen zu haben: Die Kopten machen sechs bis zehn Prozent der Bevölkerung aus. Aber in den 26 Provinzen Ägyptens gibt es nicht einen koptischen Gouverneur. Nur zehn der 3600 staatlichen Unternehmen haben einen koptischen Geschäftsführer. In den diplomatischen Vertretungen des Landes gibt es nur einen einzigen koptischen Botschafter und bei den letzten Wahlen hatte die regierende Nationalpartei keinen einzigen koptischen Kandidaten aufgestellt (Zahlen von 1998).

Die große Ausnahme bildete der 1922 geborene *Boutros Boutros-Ghali*, Professor für internationale Politik an der Kairoer Universität, der 1977 von *Anwar el Sadat* ins Außenministerium geholt wurde und von 1977 bis 1991 Außenminister und später stellvertretender Ministerpräsident war. Er war maßgeblich an den Friedensverhandlungen mit Israel in Camp David beteiligt. Von 1992 bis 1996 bekleidete er den Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, seine Wiederwahl wurde vor allem von den USA verhindert.

Seit dem Amtsantritt Schenudas gestaltete sich das Verhältnis zur Regierung unterschiedlich. Einen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen mit der Amtsenthebung Schenudas durch Präsident Sadat 1981 und seinem Hausarrest im Wadi Natroun bis 1985, der nach Anschlügen fundamentalistischer Moslems verhängt wurde. 1985 wurde Schenuda von Präsident Mubarak wieder in sein Amt eingesetzt.

Die Rechtslage bezüglich der Religionsfreiheit ist in Ägypten unklar. Zum einen gilt per Gesetz das Recht auf Religionsfreiheit, zum anderen dürfen Gesetze nicht im Widerspruch zur Scharia stehen. Nach der Scharia wird der Abfall vom Islam mit der Todesstrafe bedroht. Laut amnesty international sind zum Christentum konvertierte Personen wegen Vergehen gegen das ägyptische Strafrecht angeklagt worden. Den Betroffenen wurden „Geringschätzung oder Mißachtung einer der göttlichen Religionen“ beziehungsweise „Gefährdung der nationalen Einheit und des sozialen Friedens“ vorgeworfen. Verurteilungen sind in diesem Zusammenhang nicht bekannt, wohl aber die Einweisung in Untersuchungshaft. Überraschend erscheint in diesem Zusammenhang, daß die koptische Kirche immer wieder Berichte von Übertritten von Muslimen zum Christentum lanciert.

Grundsätzlich wird die Kirche in Ägypten nicht vom Staat verfolgt. Ein besonderes Kapitel bilden allerdings die Vorfälle von El Kosheh, einem mehrheitlich koptisch bewohnten Dorf

etwa 30 km südlich von Kairo im Sommer und Herbst 1998 nach der Ermordung zweier Kopten. Die Polizei verhörte und folterte anscheinend zahlreiche Christen, um Geständnisse zu erpressen. Die Angaben über die Zahl der Mißhandelten variieren sehr stark: Nach Angaben des Staates handelt es sich um ungefähr 25 Personen, nach denen des örtlichen Bischofs Wissa um etwa 1000 Kopten. Nach dem Bericht der ägyptischen Menschenrechtsorganisation EOHR gingen die polizeilichen Erhebungen von Anfang an davon aus, daß die Mörder Christen gewesen sein müßten; Folter und Verhöre richteten sich ausschließlich gegen sie. Die Intervention von Bischof Wissa endete mit seiner Verhaftung und der vier weiterer Priester wegen unerlaubter Zeugenbeeinflussung und Störung der nationalen Ordnung. Sie wurden gegen Kautions wieder freigelassen.

Geschätzt wird heute vor allem die Arbeit der christlichen Kirchen im pädagogischen, sozialen und medizinischen Bereich. Schwierigkeiten hat es immer wieder auf Grund eines Dekretes aus der osmanischen Zeit gegeben, wonach nur mit Genehmigung des Staatsoberhauptes christliche Gotteshäuser gebaut oder renoviert werden dürfen.

Bedrohung durch islamistische Organisationen

Die Benachteiligung der Kopten im Staat ist ein Grund für zahlreiche Übertritte zum Islam. Angaben, wonach es jährlich etwa 14 000 seien, dürften allerdings bei weitem zu hoch gegriffen sein. Auch die Auswanderung zahlreicher Kopten, westliche Schätzungen sprechen von 10 000 pro Jahr, nach ägyptischen Angaben sind es sogar mehrere hunderttausend pro Jahr, ist auf die hoffnungslose Situation vieler christlicher Ägypter zurückzuführen.

Schenuda war die Gründung von neuen Gemeinden für die *Diasporakopten* ein vorrangiges Anliegen; zu den über 80 Bischöfen, die er in seiner Amtszeit geweiht hat, zählen auch mehrere für Europa, die beiden Amerika und Australien. Zuletzt wurde die Auswanderung von Kopten durch striktere Immigrationsgesetze in vielen westlichen Ländern erschwert. Die koptische Kirche ist heute unter anderem dem Terror radikaler islamistischer Organisationen, vor allem der Dschamaa al-Islamija (Islamische Gruppe) und Dschihad (Heiliger Krieg), ausgesetzt. Das primäre Ziel dieser Gruppierungen scheint ein religiöses zu sein. Tatsächlich sind wohl wirtschaftliche Probleme und der Mangel an Perspektiven für viele, vor allem junge Menschen, entscheidender Antrieb. „Wir betrachten in Ägypten die Terroristen nicht als religiös inspirierte Gruppe“, meinte Schenuda im Mai 1998 bei einem Besuch in Wien.

Ziel der Aggressionen waren in den letzten Jahren neben Polizei und Regierungs- und Tourismuseinrichtungen immer wieder Kopten. Dabei werden ägyptische Christen nicht müde zu betonen, daß es keinen Kampf der Regierung gegen

die Christen gebe, sondern einen Kampf von Terroristen gegen die Regierung und umgekehrt. Ein trauriger Höhepunkt war das Jahr 1993, als fast 200 Kopten ermordet wurden. Inzwischen ist es wieder etwas ruhiger geworden, von einer wirklichen Entspannung kann aber keine Rede sein.

Zweifellos hat Papst Schenuda in der *Ökumene* Kirchengeschichte geschrieben. Auf Initiative Kardinal Königs lud 1971 die Stiftung „Pro Oriente“ altorientalische (bzw. „orientalisch-orthodoxe“) und katholische Theologen zu Gesprächen nach Wien ein. Wichtigstes Thema: Die Christologie, konkret die Frage, wie das Mysterium, daß Christus ganz Mensch und ganz Gott ist, richtig ausgedrückt werden könne, also jene Frage, an der 451 die Kircheneinheit zerbrochen war.

Der damalige Erzbischof Schenuda brachte den entscheidenden Vorschlag ein, die Grundidee für die „Wiener Christologische Formel“. Sie vermeidet die strittige Terminologie (zwei Naturen oder eine Natur), drückt aber zugleich für beide Seiten den Glauben an Christus als Gott *und* Mensch in authentischer Weise aus. Festgehalten wurde außerdem, daß Katholiken wie Altorientalen den richtigen Glauben beibehalten haben. Die Kompromißformel stammt im Wesentlichen aus der koptischen Liturgie. 1973 wurde sie Grundlage einer offiziellen Erklärung von Papst *Paul VI.* und Papst Schenuda III.

Für die Beziehungen zwischen dem katholischen Rom und dem koptischen Alexandria war auch die Wahl von Papst *Johannes Paul I.* von großer Bedeutung. Als Patriarch von Venedig hatte er die Reliquien des Hl. Markus, der Tradition nach der Gründer der Kirche von Alexandria, zurückgegeben. Bis heute zeugen Bilder des 33-Tage-Papstes im Patriarchat in Kairo von seiner Hochschätzung.

Der 1988 unternommene Versuch, den ökumenischen Dialog der koptischen mit der katholischen Kirche aufleben zu lassen, wurde nach schwierigen Verhandlungen 1992 nicht mehr fortgesetzt. Der inoffizielle Kontakt zu „Pro Oriente“ war dagegen bis vor wenigen Monaten ungetrübt. 1991 und 1997 fanden Regionalsymposien in Ägypten und in Deutschland statt, um die Ergebnisse des Dialogs für eine breite Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zuletzt gab es allerdings Anzeichen für eine Abkühlung dieser Beziehungen, was möglicherweise durch die Anerkennung der koptischen Kirche als „Religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ aber nicht als „Religionsgemeinschaft“ (wie etwa die Armenische Kirche) durch die Republik Österreich zusammenhing. Damit findet sie sich in Gemeinschaft etwa mit den „Zeugen Jehovas“ oder der Baha'i-Religion. Entscheidend dafür waren formale Kriterien wie etwa die Zeit der Registrierung in Österreich, nicht aber das „absolute“ Alter der Kirche. Anscheinend hätte man hier aber eine Intervention durch die katholische Schwesterkirche erwartet.

Der Dialog der Kopten mit der (byzantinischen) Orthodoxie ist inzwischen weiter gediehen; die formelle Wiederaufnahme der Kommuniongemeinschaft zwischen den beiden Kirchen-

familien scheint in Reichweite und könnte vielleicht im Zusammenhang mit dem geplanten Panorthodoxen Konzil erfolgen (vgl. HK, August, 1995, 440 ff.).

Die Kontakte zwischen den Kirchen in Ägypten sind verbesserungsfähig. Die anderen Kirchen klagen vor allem über die Wiedertaufe von Konvertiten zur koptisch-orthodoxen Kirche. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um eine mißverständene Nachahmung der Taufe „sub conditione“, die für Konvertiten zur katholischen Kirche früher gebräuchlich war.

Immer wieder wirft die orthodoxe Kirche Protestanten und Katholiken vor, mit materiellen Mitteln Gläubige abzuwerben. Vor allem der koptisch-katholische Patriarch *Stephanos II.* antwortet auf diese Anschuldigung regelmäßig mit der Aufforderung, zumindest ein Beispiel dafür zu bringen. Der gleiche Vorwurf wird – allerdings dezent – auch gegen Moslembrüderschaften erhoben. Im übrigen: So schlecht die ökumenischen Beziehungen untereinander sind, wenn es um die „Vertretung nach außen“ geht, ist für alle Glaubensgemeinschaften klar, daß dies Schenudas Sache ist.

Spannungen gib es auch mit der *äthiopischen Kirche*, die dem koptischen Papst vorwirft, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen. Das Oberhaupt der Kirche von Äthiopien wurde seit alter Zeit von der koptischen Kirche bestimmt, 1959 wurde die Kirche in die Unabhängigkeit entlassen.

Nach dem alten Prinzip, daß es für jeden Staat auch ein unabhängiges Kirchenoberhaupt geben sollte, sollte 1993 auch Eritrea eine von der äthiopischen Kirche unabhängige Hierarchie erhalten. Unter pastoralen Gesichtspunkten war diese Entscheidung Schenudas sicherlich sinnvoll. Zwischen Eritrea und Äthiopien sind die Beziehungen äußerst gespannt, immer wieder kommt es zu Grenzkonflikten. Eine von der Mehrheitskirche im feindlichen Nachbarland abhängige Kirche, wäre sicherlich eher von der muslimischen Mehrheit bedroht als eine unabhängige.

Auch den inneren Aufbau seiner Kirche hat Schenuda wesentlich umgestaltet. Zum einen ist eine Tendenz hin zur Kleruskirche zu bemerken; zahlreiche Aufgaben, besonders

im Finanzwesen, die lange von Laien erledigt worden waren, werden heute von Geistlichen ausgeführt. Die Zahl der Diözesen hat sich erhöht, was eine bessere pastorale Betreuung der Gläubigen gewährleistet. Zugleich stieg natürlich der Einfluß des Papstes innerhalb des Episkopates – die große Mehrheit der amtierenden koptischen Bischöfe ist von Schenuda geweiht.

Wiederbelebt wurde während seiner Regierung die Bestellung von *Diakoninnen*. Sie erfüllen vor allem soziale Dienste. Ihre Bestellung erfolgt nach einem alten Ritus, der bis ins 10. Jahrhundert im ganzen östlichen Mittelmeerraum in Gebrauch war und vom Hl. Synod nun wiederbelebt wurde. Im Sinne der katholischen Lehre handelt es sich nicht um eine Weihe; der Ritus enthält keine Handauflegung.

Das Anliegen der religiösen Erziehung ist Schenuda aus seiner Jugend geblieben. Bis heute unterrichtet er Seminaristen Theologie und gibt jeden Dienstag Katechesen in Kairo, die von bis zu 10 000 Gläubigen besucht werden und bei der die Teilnehmenden anonym schriftliche Fragen stellen können. Vielfach geht es dabei um die praktische Lebensgestaltung. Bei schwierigen Fragen zum Beispiel in der Ehe lädt er die Fragenden bisweilen zu einem persönlichen Gespräch ein. Auf eine Auseinandersetzung mit der neueren Theologie anderer Konfessionen wird in der koptischen Kirche dagegen weitgehend verzichtet; Auslandsstudien hängen fast zur Gänze von der Initiative der einzelnen ab.

Die Schätzungen über die Zahl der Kopten variieren stark. Amtliche Zahlen sprechen von 2,3 Millionen, was sicher zu niedrig sein dürfte. Die Kirche selbst spricht von 16 Millionen, Kopten in der Diaspora eingerechnet. Westliche Schätzungen sprechen von 8 bis 12 Millionen, darunter auch „Krypto-Christen“, also solche, die sich aus Angst vor Nachteilen nicht offiziell zum Christentum bekennen. Die letzte offizielle Statistik stammt aus dem Jahr 1902; sie spricht von 7 Millionen Ägyptern, davon 650 000 Kopten. Hochgerechnet ergibt dies heute unter 65 Millionen Ägyptern 6 Millionen Kopten. Die unterschiedlichen Schätzungen zeigen, wie vorsichtig mit Zahlen aus dieser Region umgegangen werden muß. *Hannes Schreiber*

Nachrichten

Der Lateinamerikanische Bischofsrat hat ein neues Präsidium gewählt

In einem, nach eigenen Angaben, „sehr brüderlichen Klima“ haben 53 stimmberechtigte Bischöfe der 27. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Bi-

schofsrates CELAM Mitte Mai in Quito den kolumbianischen Bischof von Zipaquirá, *Jorge Jiménez Carvajal*, zum Präsidenten gewählt. Der 57jährige Jiménez, zuvor CELAM-Generalsekretär, tritt damit die Nachfolge des Erzbischofs von Tegucigalpa (Honduras) *Oscar Rodríguez Maradiaga*, an. Auch Rodríguez war vor seiner Präsidentschaft Generalsekretär. Zum ersten und zweiten Vizepräsidenten wählte die Generalversammlung in

Quito die Erzbischöfe von Santiago de Chile und Salvador da Bahía, *Francisco Javier Errázuriz Ossa* und *Geraldo Majella Agnelo*. Beide haben Kurienerfahrung: Errázuriz war Sekretär der Ordenskongregation, *Majella Agnelo* Sekretär der Sakramentenkongregation. Ihre Amtsvorgänger, der Erzbischof von Mariana in Brasilien, *Luciano Mendes de Almeida*, als erster und der Erzbischof von Havanna, Kardinal *Jaime Ortega y Ala-*